

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 93-2 vom 1. Oktober 2026

Rede von Bundeskanzler Friedrich Merz

bei der Verleihung des Preises des Westfälischen Friedens an die Nato
am 1. Oktober 2026 in Münster:

Sehr geehrter Herr Generalsekretär, lieber Mark Rutte,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Henrik Wüst,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages und des nordrhein-
westfälischen Landtages,
Eminenz, sehr geehrter Herr Kardinal,
Exzellenzen,
sehr geehrter, lieber Herr Zinkann,
sehr geehrte, liebe Kuratoren der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und
Lippe,
sehr geehrte Vertreter der Jury des Westfälischen Friedenspreises,
meine Damen und Herren, Damen und Herren,

wir ehren heute die Nato mit dem Internationalen Preis des Westfälischen Friedens.

Wir feiern auch die Jugendorganisation socioMovens aus Dortmund, die Jugendliche
aus ganz Europa zusammenbringt – für ein friedliches und menschliches Miteinander
auf unserem Kontinent.

Lieber Mark, ich freue mich, dass du heute den Preis für die Nato entgegennimmst.
Du hältst die Nato in fordernder Zeit zusammen, mit transatlantischem und europäi-
schem Kompass, mit unbändiger Energie und unerschütterlicher Zuversicht. – Dass
der Preis des Westfälischen Friedens an ein Militärbündnis geht, hat manchen über-
rascht. Offenbar bedarf das der Erläuterung.

Der Westfälische Friede beendete, wie wir alle wissen, 1648 einen Krieg der Kriege, wie ihn Europa bis dahin nicht gekannt hatte. Wer damals 30 Jahre alt war, der hatte wie Grimmelshausens Simplicissimus ein Leben lang nichts anderes gesehen als die Verheerungen des Krieges. Der Friede, den der Diplomat Maximilian Graf Trauttmansdorff und die 150 Gesandten damals in Münster und Osnabrück nach fünf Jahren aushandelten, wirkte weit über den Tag hinaus. Es war ein wahrer Frieden, der nicht nur das Blutvergießen beendete. Er bereitete den Boden für eine neue europäische Ordnung.

Ihr Kern lässt sich in den Begriffen unserer Gegenwart so umreißen: die souveräne Gleichheit der Staaten, die Herrschaft des Rechts, das Verbot, Grenzen mit Gewalt zu verschieben, und das Prinzip kollektiver Sicherheit. Diese westfälische Ordnung setzte der Macht der Großen Grenzen. Sie bot erstmalig auch mittleren Mächten und Kleinstaaten Sicherheit, Stabilität und Schutz. Sie zähmte das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts.

Im Laufe der Jahrhunderte sind diese Grundsätze auf deutschem und europäischem Boden immer wieder verletzt worden. Sie sind in blutigen Kriegen ins Wanken gekommen. In zwei Weltkriegen sind sie erst erschüttert und dann zerstört worden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand eine neue europäische Sicherheitsarchitektur. Die Vorzeichen waren ganz andere als 1648. Aber die neue Ordnung übersetzte auch Grundprinzipien des westfälischen Systems in eine neue Zeit. Ihnen fügte sie im euroatlantischen Raum ein wichtiges Leitprinzip hinzu, nämlich die Würde und die Freiheit jedes einzelnen Menschen in demokratischen Staaten.

Die Nato wurde relativ bald nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer tragenden Säule dieser Ordnung. Seit drei Generationen bürgt sie nun für Sicherheit und Frieden im euroatlantischen Raum. Sie ist bis heute vor allem anderen eine Allianz der Freiheit. Sie steht auch in der Tradition von Münster und Osnabrück. Sie schützt unsere Sicherheit und unseren Wohlstand. Sie dient dem Frieden. Das würdigt heute der Preis des Westfälischen Friedens.

Die heutige Feier macht uns aber auch bewusst, wie wertvoll wahrer Frieden ist. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist ein Zustand, in dem wir wagen können, einander zu vertrauen und zusammenzuarbeiten, sicher, nach fairen Regeln, unter Gleichen – und vor allem: in Freiheit.

Vor einigen Jahren noch haben einige gefragt: Wozu brauchen wir die Nato überhaupt noch? Heute ist mit Händen zu greifen: Die europäische Friedensordnung, deren Wurzeln auch nach Münster und Osnabrück reichen, ist grundlegend herausgefordert. Unsere Freiheit steht auf dem Spiel – durch ein neues Zeitalter der Großmachtpolitik, in dem wir auch unsere transatlantische Partnerschaft neu begründen müssen, durch technologische Revolutionen, die unsere Welt schneller und tiefgreifender verändern als alles, was wir bisher gesehen und gekannt haben.

Aber am unmittelbarsten sind Frieden und Freiheit heute durch den gewalttätigen, expansiven Revisionismus Russlands bedroht. Diese Bedrohung ist nicht abstrakt. In der Ukraine, gleich jenseits der Grenze der Nato, tobt seit fast fünf Jahren ein mörderischer Krieg. Entfesselt hat ihn Russland, in Missachtung und Verachtung der Grundsätze, die noch mit der früheren Sowjetunion ausverhandelt waren. Verankert sind diese Grundsätze insbesondere in der Charta von Paris, dem Schlussdokument des KSZE-Sondergipfels aus dem Jahre 1990, das von den Prinzipien des Westfälischen Friedens geprägt ist.

Die Zerstörung, die der russische Angriffskrieg nun angerichtet hat, sie ist gewaltig. Die Schäden an bombardierten Häusern, Brücken, Kraftwerken, Schulen, Altenheimen, Krankenhäusern belaufen sich auf mehrere Hundert Milliarden Euro.

Aber dies allein ist nicht das Entscheidende. Die Zahl der Toten und Verletzten, die dieser Krieg auf beiden Seiten gefordert hat, sie ist mittlerweile siebenstellig. Sie beträgt mehr als eine Million. Das menschliche Leid dieses Krieges lässt sich nicht beziffern. Dieses Leid und die Tapferkeit, mit der die Ukrainer ihm trotzen, berührt uns. Die Grausamkeit der Angreifer, sie stößt uns ab.

Vor allem aber haben wir begriffen: Dieser Krieg geht uns etwas an, sehr direkt sogar, denn in der Ukraine steht auch die Sicherheit Europas, unsere Sicherheit, auf dem Spiel. Es geht eben auch um uns. Russland bricht in der Ukraine mit äußerster Brutalität die grundlegendsten Regeln des Völkerrechts und der europäischen Ordnung, die uns bisher geschützt haben. Deshalb ist und bleibt es richtig, dass wir die Ukraine mit aller Kraft unterstützen.

Deshalb dürfen und werden wir uns durch Moskaus hybride Angriffe wie zuletzt den von Leipzig, mitten in Deutschland, nicht beirren lassen. Denn gelingt es nicht, Moskau Einhalt zu gebieten, dann wird sich die russische Kriegsmaschinerie früher oder später auch gegen uns, gegen die Nato selbst, richten. Vor dieser Gefahr dürfen wir nicht die Augen verschließen. Drei Generationen nach 1945 käme der Krieg zurück in unseren Teil Europas. Würde dann das Baltikum zu einem Schlachtfeld des Drohnenkampfes wie heute der Donbass? Welchen europäischen Großstädten würden die ballistischen Raketen gelten, die Russland heute auf die Bevölkerung von Kyjiw und Charkiw feuert? Würden am Ende auch wir Deutsche das Grauen des Krieges wieder am eigenen Leib zu spüren bekommen?

Unsere dringlichste europäische und transatlantische Verantwortung ist heute, mit aller Kraft abzuwenden, dass es so weit kommt. Dazu brauchen wir zunächst ein realistisches Bild von Russland. Der deutsche Historiker Martin Schulze Wessel hat dazu jüngst ganz grundlegende wissenschaftliche Untersuchungen veröffentlicht. Wir alle sind gut beraten, differenziert über Russland zu urteilen. Wir wollen auch nach fünf mörderischen Kriegsjahren nicht den Sinn für Nuancen und Schattierungen verlieren. Aber wir müssen auch das Wesentliche sehen. Russland verfolgt heute eine revisionistische, imperiale Expansion. Es geht der Moskauer Führung um die Wiederherstellung einer wahren oder erträumten einstigen Größe. Eine direkte Linie weist von Russlands Eingreifen in Georgien über die Annexion der Krim und der ersten Landnahme im Donbass 2014 eben bis hin zur Vollinvasion in der Ukraine seit dem 24. Februar 2022.

Indem Russland von Noworossija, von Neurussland, spricht, sucht Moskau, den irreführenden und geschichtsrevisionistischen Eindruck zu erwecken, die ukrainische

Schwarzmeerküste sei von alters her Teil Russlands gewesen. Diesen Geschichtsrevisionismus können wir nicht ignorieren. Ziel ist nicht nur die Wiederherstellung eines vergangenen angeblichen Reichs. Präsident Putin sagt, Zitat: „Wo der Fuß eines russischen Soldaten steht, da ist Russland.“

Der Verweis auf Sicherheitsinteressen ist dabei eine Chiffre für den Anspruch auf eine Einflussosphäre. Dieser Anspruch geht zulasten der Souveränität vieler betroffener Nachbarn Russlands. Nur wenn wir dieses Denkmuster erkennen, kann Diplomatie eines Tages gegen Moskau tatsächlich gelingen. Russland respektiert vor allem Stärke. Lassen Sie mich betonen: Wir wollen zu geeigneter Zeit stabile, berechenbare Beziehungen zu Russland. Wir wollen vor allem, dass Russland seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine beendet und zur europäischen Friedensordnung zurückkehrt. Dazu ist Russland nach Lage der Dinge heute nicht bereit. In den vergangenen Jahren sind viele diplomatische Gesprächsangebote in Moskau auf taube Ohren gestoßen, zuletzt am vergangenen Wochenende am Rande der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York.

Aber die Sprache der Stärke versteht man im Kreml offenbar. Russland musste auf Polen hören, das sich in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts der russischen Expansion entgegenstellte. Es musste auf Finnland hören, das der Sowjetunion seine Freiheit abtrotzte. Diese Lehren aus der Geschichte haben unsere nord- und osteuropäischen Nachbarn schmerzhaft gezogen und tief verinnerlicht. Wir sollten ihre kollektive Erfahrung ernst nehmen.

Ich füge hinzu: Das sollten wir tun, ohne dabei den Sinn für die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer Verhandlungslösung zu verlieren. Auch das wird uns helfen, Russland zu ernsthaften Friedensgesprächen zu bewegen. Aber Russland wird eher verhandeln, wenn wir ihm geschlossen entgegentreten. Wo der Westen Russland uneinig begegnet, waren immer wieder die Nachbarn im Osten Europas die Leidtragenden.

Geschlossenheit gegenüber Moskau hat sich dagegen immer bewährt. Die Nato ist das beste Beispiel. Die Eintracht und die Stärke des Bündnisses haben seit 1949 dazu

beigetragen, eine kriegerische Auseinandersetzung mit Russland zu verhindern. Sie haben überhaupt erst die Voraussetzungen für Dialog geschaffen. Das war 1967 die Grundidee des Harmel-Berichts. Es war genauso 1979 der Kerngedanke des sogenannten Nato-Doppelbeschlusses. Eintracht und Stärke sind auch heute Erfolgsbedingungen für Verhandlungen mit Moskau.

Das kann uns nur ermutigen, auch die Vereinigten Staaten von Amerika in der Ukrainepolitik an unserer Seite zu halten. Es war ein wichtiger Erfolg, dass uns das beim Gipfel der G7 in Évian vor einigen Wochen gelungen ist. Dass der Kongress unlängst das Graham-Sanktionsgesetz verabschiedet hat und dass Präsident Trump das Gesetz unterzeichnet hat, zeigt: Unsere Hartnäckigkeit zahlt sich aus. Mich bestärkt das jedenfalls darin, weiter um Washington zu werben.

Aber entscheidend ist und bleibt, dass Europa zusammenbleibt. Und das tun wir. Wer hätte denn vor fünf Jahren gedacht, mit welcher Ausdauer und Entschiedenheit wir Europäer uns an die Seite Kyjiws stellen würden? Seit zwei Jahren leistet Europa den wesentlichen Teil der Hilfen für die Ukraine. Hier manifestiert sich wohl stärker als in jeder anderen Frage: Europa kommt sicherheitspolitisch zu sich selbst.

Für die Ukraine ist dieses europäische Erwachen heute eine Rettung in hoher Not. In dieser neuen Zeit ist es aber auch und vor allem in unserem fundamentalen Interesse. Dieses Ringen um Geschlossenheit ist mühsam. Aber es ist entscheidend auf dem Weg zum Frieden in der Ukraine und zur Sicherheit für ganz Europa. Dieser Krieg darf Europa nicht spalten. Das ist allen anderen außenpolitischen Zielen übergeordnet.

Auch in Deutschland werden wir uns nicht spalten lassen, nicht durch hybride Angriffe, nicht durch von Moskaus Bots gesteuerte Hetze in den sozialen Medien und – erlauben Sie es mir zu sagen – auch nicht durch die Parolen der AfD und ihrer russischen Hintermänner. Wir alle spüren, wie schwer das in einer Öffentlichkeit ist, die immer stärker von Polarisierung, Streit und Wut bestimmt ist.

Aber wir setzen uns mit dem Vorwurf auseinander, deutsche Hilfen für die Ukraine gingen zulasten des Wohlstands in unserem eigenen Land. Meine Antwort lautet:

Unsere Unterstützung für die Ukraine ist kein Selbstzweck. Wir leisten sie vor allem anderen darum, um die Freiheit und die Sicherheit der Menschen in unserem Land zu schützen. Freiheit und Sicherheit sind die Voraussetzungen unseres Wohlstandes.

Wir müssen auch denen antworten, die sagen, Russland sei durch eine immer weiter nach Osten ausgreifende Nato gewissermaßen in einen Notwehrexzess getrieben worden. Ja, wir sind gut beraten, solche Wahrnehmungen Moskaus ernst zu nehmen. Und das tun wir. Aber wir müssen auch widersprechen, wenn sich Täter selbst zum Opfer machen.

Von unserem inneren und äußeren Frieden, von unserem Zusammenhang in Deutschland hängt heute viel ab für eine gute Zukunft unseres Landes, für Frieden in der Ukraine und für ein freies Europa insgesamt. Ob wir das nun wollen oder nicht, wir Deutsche tragen als die Macht in der Mitte Europas besondere Verantwortung, die weit über die Grenzen unseres eigenen Landes hinausgeht.

Das leitet sich ab aus unserer Geografie, aus unserer Geschichte und nicht zuletzt aus unserem Grundgesetz. Und ich sage es auch den Mitbürgerinnen und Mitbürgern in unserem Land: Dieser Verantwortung müssen wir gemeinsam gerecht werden. Wir können sie mit Gelassenheit und mit Zuversicht annehmen. Und gegenüber Russland können wir heute auf drei große Stärken setzen, die unser Land und die Europa ausmachen, nämlich auf Einigkeit und Recht und Freiheit. Ich wähle diese Begriffe sehr mit Bedacht. Überlassen wir sie nicht denen, die sie hierzulande in ihr Gegenteil verkehren, in Hass, Willkür und Unterdrückung.

Einigkeit und Recht und Freiheit wollen wir auch gegenüber einer russischen Politik bewahren und beschützen, die diese Werte fürchtet, verachtet und immer hemmungsloser attackiert. Einigkeit in der Nato ist die Grundlage unserer Sicherheit. 32 Alliierte, eine Milliarde Einwohner, mehr als 50 Prozent der Weltwirtschaft – zusammen sind wir die stärkste Militärmacht der Geschichte. Wir halten diese Nato zusammen. Lieber Mark, das haben wir im letzten Jahr in deiner Heimatstadt, in Den Haag, und in diesem Sommer beim Gipfel in Ankara gezeigt, als uns eine gründliche Erneuerung des Bündnisses gemeinsam gelungen ist.

Das Recht ist der Boden, auf dem unsere europäische Sicherheitsordnung steht. Wir glauben an die Würde jedes einzelnen Menschen, wir sind davon überzeugt, dass die Beziehungen der Staaten untereinander Recht und Regeln folgen müssen – in dieser Hinsicht stehen wir in der westfälischen Tradition –, und Freiheit ist die zentrale Voraussetzung für den Bestand unserer demokratischen Gesellschaft. Wir Deutsche wissen aus eigener Erfahrung und Geschichte: Diese Freiheit ist nicht gegeben. Wir müssen sie wieder und wieder entdecken, erarbeiten, behaupten. Das verlangt uns Festigkeit und Willenskraft ab. Es fordert von uns die Bereitschaft zu Aufbruch und Veränderung. Wir kennen unsere eigenen Stärken. Wir haben einen klaren Kurs. Wir arbeiten nach Grundsätzen, die ineinandergreifen. Mit allen Möglichkeiten, die wir haben, setzen wir uns dafür ein, Friedensverhandlungen in Gang zu setzen.

Unsere Ausgangsposition gegenüber Russland haben Emmanuel Macron, der damalige Premierminister Keir Starmer und ich im Sommer mit Wolodymyr Selenskyj umrissen. Erstes Ziel muss sein, dass die Waffen in der Ukraine schweigen. Zweitens muss immer klar sein, dass die staatliche Souveränität der Ukraine gewahrt bleibt. Deshalb kann über territoriale Fragen auch nur die Ukraine selbst entscheiden. Sie muss, schließlich, auf Sicherheitsgarantien zählen können und ihren europäischen Weg gehen dürfen.

Diese Fragen müssen in einem angemessenen Format verhandelt werden. Einen Frieden über die Köpfe der Ukraine hinweg kann es jedenfalls nicht geben. Ebenso wenig kann es einen Frieden ohne Europa geben. In der Ukraine geht es eben auch um Freiheit und Sicherheit in ganz Europa. Wir Europäer sind in diesem Krieg nicht Kriegspartei, aber wir sind auch nicht neutral. Wir sind nicht Vermittler. Wir stehen auf der Seite der Freiheit. Deshalb stehen wir auf der Seite der Ukraine. Wir haben Kyjiw eine europäische Perspektive eröffnet. Echten Frieden in der Ukraine gibt es eben nur in und mit Europa.

Die besten Aussichten auf Erfolg haben deshalb Verhandlungen, an denen die Ukraine, Russland, die Vereinigten Staaten von Amerika und wir Europäer teilnehmen. Darauf zielen wir. Im Zentrum steht dabei die diplomatische Arbeit mit Frankreich und Großbritannien in enger Abstimmung mit Polen, den baltischen Staaten und mit Italien

im Zusammenspiel mit den Brüsseler Institutionen und unseren wichtigen Partnern in Europa und über Europa hinaus.

Unsere Unterstützung für Kyjiw und unser Druck auf Moskau dienen nicht dazu, den Krieg zu verlängern. Wir wollen das russische Volk nicht demütigen und den russischen Staat nicht ins Wanken bringen. Aber Russland muss den Krieg beenden und von hybriden Angriffen auf Europa ablassen. Unsere Hilfe für die Ukraine schafft erst die notwendige Voraussetzung dafür, dass ernsthafte Friedensverhandlungen mit Moskau in Gang kommen können.

In wenigen Wochen beginnt der fünfte Kriegswinter. Vermutlich wird es der bislang schwerste sein. Die Menschen in den ukrainischen Großstädten stellen sich auf harte Angriffe mit ballistischen Raketen ein, auf zerstörte Heizkraftwerke und Schulen, auf beschädigte Wohnblocks und Kirchen. Diesen Winter muss die Ukraine überstehen. Und ich bin davon überzeugt, dass sie ihn überstehen wird. Auf unsere Hilfe kann sie zählen.

Deutsche Ingenieure entwickeln neue Abfangsysteme gegen Jetdrohnen, die bald in die Massenherstellung gehen. Wir reparieren bombardierte Kraftwerke. Wir helfen den Ukrainern, sich selbst zu helfen. Das nutzt uns ganz direkt. Was wir allein im vergangenen Jahr von der Ukraine gelernt haben, von wirksamer Drohnenabwehr bis hin zur Digitalisierung der Gefechtsführung und zur industriellen Revolution und Innovation, das macht auch unser Land sicher, stärker und kreativer. Das ist ein handfester Gewinn für uns alle.

Der Krieg in der Ukraine wird irgendwann zu Ende gehen wie alle Kriege der Weltgeschichte. Aber ohne unsere Hilfe beendet den Krieg in der Ukraine nicht ein verhandelter, sondern ein diktierter Friede. Dann drohen Massenmigration in Richtung Westen und die vollständige Destabilisierung nicht nur dieses Staates. Der russische Angriff würde belohnt, und Europa würde ein unsicherer Kontinent. Wanken wir in Deutschland, wankt Europa. Wankt Europa, wankt auch die Ukraine. Bleiben wir fest, bleibt Europa fest. Bleibt Europa fest, bleibt auch die Ukraine fest.

So bedeutend, ja unverzichtbar die Leistungen unserer Nachbarn sind, die zum Teil pro Kopf mehr für die Ukraine leisten als wir: Kein anderes Land kann uns Deutschen diese Verantwortung abnehmen. Wir lassen uns auch nicht davon beeindrucken, dass Russland uns und andere Nato-Partner zunehmend in das Fadenkreuz hybrider Angriffe nimmt. Leipzig hat im August gezeigt, dass die russische Regierung uns verunsichern will. Sie will, dass wir in unserer Unterstützung der Ukraine nachlassen. Sie will, dass wir aufhören, in unsere Abschreckung zu investieren. Sie sucht nach Gelegenheit, unsere Gesellschaft zu spalten und unser Land zu schwächen. Diese gefährliche Eskalation ist vor allem Ausdruck einer wachsenden russischen Ratlosigkeit angesichts der erfolglosen Kriegsführung in der Ukraine. Umso wichtiger ist, dass wir uns durch Cyberangriffe, Drohnen und Onlinepropaganda nicht beeindrucken lassen. Wir stellen uns auf weitere hybride Angriffe ein, auch auf schwere. Kämen sie, würden wir wie nach Leipzig schnell und sehr klar antworten.

Schließlich stellen wir sicher, dass wir Russland glaubhaft abschrecken. Die Bundesregierung wird weiterhin entschieden in Deutschlands militärische Stärke und wirtschaftliche Resilienz investieren. Wir haben unsere Verteidigungsindustrie neu in Schwung gebracht. Wir stärken unsere Bundeswehr.

Erlauben Sie mir, bei dieser Gelegenheit hier in Münster dem 1. Deutsch-Niederländischen Korps und den Soldatinnen und Soldaten, die in diesem Korps Dienst tun, Dank zu sagen. Wir waren heute bei ihnen. Es war ein eindrucksvoller Besuch. Herzlichen Dank für den Dienst, den Sie leisten!

Deutschland ist gemeinsamen transatlantischen und europäischen Werten verpflichtet. Es stellt sich in den Dienst der Freiheit und der Sicherheit seiner europäischen Nachbarn, weil es weiß, dass es eine gute Zukunft für Deutschland nur in einem freien, sicheren und einigen Europa gibt. Deutschland ist willens, fähig und bereit, in einem erneuerten Bündnis mehr Verantwortung zu tragen. Es leistet seinen Teil dazu, die Nato europäischer zu machen, damit sie transatlantisch bleiben kann. Das ist die zwingende Schlussfolgerung aus dem, was wir spätestens seit Februar 2022 in der Ukraine erleben. Es ist unsere Antwort auf eine neue Zeit großer Mächte und technologischer Revolutionen. Es ist unser Beitrag zu dem Bündnis, das wir heute mit dem

Westfälischen Friedenspreis würdigen. Es dient unserer Freiheit, unserer Sicherheit und unserem Wohlstand.

Die nächsten Monate werden folgens schwer für das Schicksal der Ukraine und für die Sicherheit Europas sein. Europa schaut in diesen Tagen ganz besonders auf uns, auf Deutschland. Schwanken oder straucheln wir, kann das schicksalhafte Folgen haben. Stehen wir aber fest, können wir gemeinsam Frieden für die Ukraine und Freiheit in Sicherheit für ganz Europa gewinnen.

Diese Verantwortung lastet jetzt auf uns. Wir wollen diese Verantwortung in der Tradition des Westfälischen Friedens tragen, die grundlegend für unsere europäische Ordnung und das moderne Völkerrecht bleibt. Sie bleibt Grundlage für ein Leben in Freiheit und in Frieden in Europa. Ja, wir stehen also in einer Bewährungsprobe in der Tradition dieses großen Friedenswerkes. Wir haben alle Voraussetzungen dafür, diese Bewährungsprobe zu bestehen. Jetzt müssen wir nur die Kraft aufbringen, den eingeschlagenen Weg gemeinsam in Europa zu gehen.

Liebes Team von socioMovens, lieber Mark Rutte, Ihnen, dir, euch, allen Nato-Partnern gratuliere ich sehr herzlich zum Preis des Westfälischen Friedens 2026.

* * * * *